

# Cancún 2010: Schweizer Wirtschaft zu aktivem Klimaschutz bereit

## dossierpolitik

29. November 2010 Nummer 24

**Ein Jahr nach Kopenhagen** Selten waren die Erwartungen im Vorfeld einer UNO-Klimakonferenz so gering. Cancún 2010 soll nach dem Klimagipfel von Kopenhagen in erster Linie das Vertrauen in den Verhandlungsprozess zurückbringen. Die neue Vorsitzende des UN-Klimasekretariats, Christiana Figueres, erkennt zurecht, dass ein «konkretes Resultat notwendig und dringlich» sei. Ebenfalls unerlässlich sind Übergangsregelungen, damit der Handel mit Emissionszertifikaten Ende 2012 nicht abrupt einbricht. Ein umfassendes und rechtlich bindendes internationales Abkommen ist jedoch immer noch in weiter Ferne. Für die Unternehmen sind dies schlechte Voraussetzungen, da ungleiche Rahmenbedingungen den Wettbewerb verzerren. Dennoch bekennt sich die Schweizer Wirtschaft weiterhin zum aktiven Klimaschutz. Sie hat in den vergangenen Jahren bereits vielfach den Beweis erbracht, dass sie den grössten Lösungsbeitrag leistet, damit die Schweiz ihre internationalen Verpflichtungen einhalten kann.

### Position economiessuisse

► economiessuisse setzt sich dafür ein, dass die Schweiz eine aktive Rolle wahrnimmt und in Cancún aufzeigt, wie eine künftige Klimapolitik gestaltet werden kann.

► Der bisherige Weg der Schweiz, auf Anreize sowie freiwillige Massnahmen und Investitionen der Wirtschaft zu setzen, hat sich als überaus erfolgreich erwiesen. Die Klimapolitik der Schweiz und damit die Einhaltung der Verpflichtungen aus dem Kyoto-Protokoll würden ohne die Leistungen der Wirtschaft kläglich versagen.

► Der bisherige Mix an Inland- und Auslandsmassnahmen ist der beste Garant, dass die Schweiz ihren klimapolitischen Beitrag im internationalen Kontext weiterhin optimal einbringen kann. In der innenpolitischen Ausgestaltung der Rahmenbedingungen im neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz ist deshalb darauf zu achten, dass die Schweizer Massnahmen nicht nur inland-, sondern auch auslandorientiert sind.



## Klimaschutz: eine Daueraufgabe der Wirtschaft

▶ Fehlende internationale Ziele erschweren die nationale Ausrichtung der Schweizer Klimapolitik.

Auf internationaler Ebene wird die zukünftige Klimapolitik ausgehandelt; nach dem Gipfel in Kopenhagen allerdings vorsichtiger und in kleinen Schritten. Die vom 29. November bis 10. Dezember 2010 dauernde Konferenz in Cancún wird mit höchster Priorität wieder Vertrauen in den komplexen Verhandlungsprozess zurückbringen müssen. Auch in der Schweiz ist die Klimapolitik Gegenstand parlamentarischer Beratungen. Derzeit liegt das Geschäft in den Händen der ständerätlichen Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK). Ihre Aufgabe ist es, eine Revision des bestehenden CO<sub>2</sub>-Gesetzes vorzunehmen, die sich in den internationalen Rahmen einfügt und an den Zielen unserer wichtigsten Handelspartner orientiert. Da die internationalen Verhandlungen nur langsam vorankommen und verbindliche Ziele nicht greifbar sind, ist eine international angelehnte Ausrichtung der nationalen Politik praktisch kaum erreichbar.

▶ Die freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft haben sich bewährt.

### **Ökonomie und Ökologie sind kein Gegensatz, sondern ergänzen sich**

Über den Erfolg der Klimapolitik entscheiden letztlich aber nationale und internationale Rahmenbedingungen. Der bisherige Weg der Schweiz, auf Anreize sowie freiwillige Massnahmen bzw. Investitionen der Wirtschaft zu setzen, hat sich als erfolgreich erwiesen. Mit den heutigen Mechanismen der Zielvereinbarungen können die CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele entsprechend den Möglichkeiten der Unternehmen festgelegt werden. Die zur Umsetzung der Ziele notwendigen Investitionen sind dabei immer rentabel. Über den Umweg der Einhaltung einer Zielvereinbarung werden die Unternehmen mit der Befreiung von der CO<sub>2</sub>-Abgabe belohnt.

▶ Marktorientierte und praxisbezogene Lösungen müssen künftige Klimapolitik bestimmen.

Es gibt keine rationalen Gründe, von diesem Weg abzuweichen. Unabhängig davon, wie hoch die international gesetzten Ziele ab 2012 sein werden, liegt es auf der Hand, dass das bestehende schweizerische CO<sub>2</sub>-Regime grosse Vorteile hat. Im internationalen Vergleich wird auch deutlich, dass es eine kostengünstige und pragmatische Lösung darstellt. Die künftige Klimapolitik muss daher ebenfalls auf Praxisnähe und Machbarkeit ausgerichtet sein. Marktorientierte Lösungen, insbesondere der Handel mit Emissionszertifikaten, müssen auch in Zukunft möglich sein. Alleine auf die Schweiz bezogen, ist der Markt für Emissionszertifikate zu klein. Deshalb muss es möglich werden, in der Schweiz tätige Betriebe an den Emissionshandel der EU anzuschliessen. Eine komplizierte Regelung, die nur mit neuen kostentreibenden Vorschriften umsetzbar wäre, muss vermieden werden.

Die Wirtschaft ist bereit, auch in der Periode 2012 bis 2020 einen wesentlichen Beitrag zur Lösung beizusteuern. Dazu benötigt sie jedoch auch weiterhin einen möglichst grossen Handlungsspielraum.

## Von Kopenhagen nach Cancún

► Nach Kopenhagen ist das Vertrauen in den Verhandlungsprozess angeschlagen.

### Die Erfahrungen des Klimagipfels von Kopenhagen

Nach einem Jahr intensivster Verhandlungen sollte im Dezember 2009 ein umfassendes und rechtlich bindendes Abkommen unterzeichnet werden. Doch es kam anders: Trotz stundenlanger Nachtsitzungen und der Anwesenheit der höchsten Staatsechefs der Welt wurde ein Klimakompromiss erzielt, der weit hinter den Erwartungen zurückblieb. 25 Staaten haben gemeinsam in der Nacht auf den 19. Dezember 2009 eine Vereinbarung ausgearbeitet. Dieser «Vertrag von Kopenhagen» («Copenhagen Accord», vgl. Kasten) wurde vom Konferenzplenum, das heisst von den anderen anwesenden Staaten, zur Kenntnis genommen, aber nicht ratifiziert. Das Vertrauen in den Verhandlungsprozess hat dabei grossen Schaden genommen. Angesichts dieser widrigen Umstände ist der Vorsitzende des UN-Klimasekretariats, Yvo de Boer, nach vier Jahren von seinem Amt zurückgetreten. Diese Erfahrung zeigt, dass das Ringen um ein umfassendes Abkommen schwieriger ist als erwartet. Es zeigt auch, dass viel mehr Energie in die Inhalte und die Verhandlungen gesteckt werden muss, wenn wirklich ein globales Abkommen erzielt werden soll. Fakten, Realismus und hartes diplomatisches Ringen sind gefragt.

### Vertrag von Kopenhagen

1. Die langfristige Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel soll verstärkt werden. Das wissenschaftlich fundierte Zwei-Grad-Ziel wird anerkannt. Basis der Zusammenarbeit sind der Gerechtigkeitsgrundsatz und der Kontext nachhaltiger Entwicklung.
2. Der Höhepunkt der globalen wie der nationalen Emissionen soll sobald wie möglich erreicht werden.
3. Die entwickelten Länder sollen angemessene, berechenbare und nachhaltige Finanzquellen, Technologien und Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur Verfügung stellen, um Anpassungsmassnahmen in den Entwicklungsländern zu unterstützen.
4. Die Annex-I-Staaten nach der UN-Klimarahmenkonvention (d.h. die Industriestaaten) verpflichten sich, einzeln oder gemeinsam Emissionsziele bis 2020 umzusetzen. Diese Ziele werden in einem Anhang 1 zum «Copenhagen Accord» bis zum 1. Februar 2010 aufgelistet.
5. Nicht-Annex-I-Staaten (d.h. die Entwicklungsländer) setzen Minderungsschritte um, die in einem Anhang 2 bis zum 1. Februar 2010 aufgelistet werden. Die am wenigsten entwickelten Länder unternehmen Schritte freiwillig und mit Unterstützung. Die Entwicklungsländer informieren über ihre Minderungsschritte auf der Basis von Richtlinien, die die Vertragsstaatenkonferenz beschliesst. Die Massnahmen werden im Anhang 2 ergänzt. Minderungsschritte der Nicht-Annex-I-Staaten werden national gemessen, berichtet und überprüft. Alle zwei Jahre sollen die Staaten über die Ergebnisse informieren. Minderungsschritte, für die finanzielle Unterstützung angestrebt wird, werden in einem Register geführt. Diejenigen Massnahmen, die Unterstützung erhalten, werden im Anhang II aufgeführt. Sie werden auch internationaler Messung, Berichterstattung und Nachprüfung unterworfen.

6. Die Bemühungen um eine Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und aus der Schädigung von Wäldern müssen verstärkt werden. Anreiz dazu soll durch die sofortige Schaffung eines Mechanismus (REDD-plus) erreicht werden. Ziel ist die Mobilisierung von finanziellen Quellen bei den Industriestaaten.

7. Die Kosteneffizienz und die Verbreitung von Minderungsschritten sollen verstärkt werden. Entwicklungsländer sollen Anreize erhalten, ihre Entwicklung auf einem niedrigen Emissionsniveau fortzusetzen.

8. Aufgestockte und zusätzliche Mittel sowie verbesserter Zugang dazu für Entwicklungsländer, um verstärkte Minderungsschritte (inklusive REDD-plus), Anpassung, Technologieentwicklung, Technologietransfer und Aufbau von Kapazitäten zu finanzieren. Die Industriestaaten verpflichten sich, neue und zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Milliarden Dollar in den Jahren 2010 bis 2012 bereitzustellen. Die Mittel für die Anpassung werden dabei in erster Linie den am wenigsten entwickelten Ländern, den kleinen Inselstaaten und Afrika zur Verfügung gestellt. Für das Jahr 2020 setzen sich die Industriestaaten das Ziel, gemeinsam 100 Milliarden Dollar bereitzustellen. Diese Mittel sollen aus öffentlichen und privaten Quellen zusammenkommen.

9. Ein High-Level-Gremium soll die Beiträge zur Langfristfinanzierung beobachten.

10. Ein «Copenhagen Green Climate Fund» soll eingerichtet werden, um Minderung (inklusive REDD-plus), Anpassung, Aufbau von Kapazitäten, Technologieentwicklung und Technologietransfer zu unterstützen.

11. Ein neuer Mechanismus soll die Entwicklung und den Transfer von Technologie beschleunigen.

12. Die Umsetzung dieser Vereinbarung wird bis Ende 2015 überprüft. Massstab ist dabei auch das Langfristziel der Konvention: Die Treibhausgaskonzentration auf einem Niveau zu halten, das das Klima nicht gefährdet.

► Hinter Strafzöllen verstecken sich protektionistische Massnahmen.

### **Strafzölle sind keine Lösung**

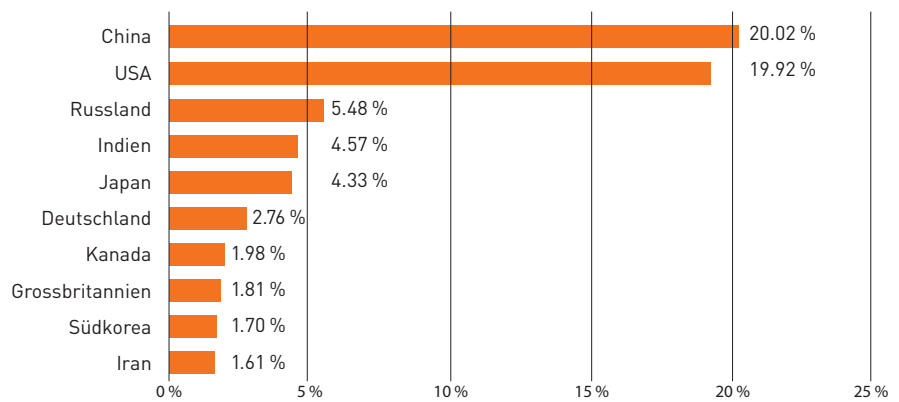
Vor allem gegenüber China und Indien, die zu keinen Reduktionen verpflichtet sind, ist der Druck gewachsen, deren CO<sub>2</sub>-intensive Importe mittels Strafzöllen zu verteuern. Auch in der EU wurden solche Forderungen immer lauter. Insbesondere Frankreich verlangte wiederholt EU-Strafzölle auf Produkte aus Ländern, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen ungebremst zunehmen. Nach einem Bericht der «New York Times» hat auch die US-Delegation versucht, die Möglichkeit einseitiger Strafzahlungen im Abschlussdokument von Kopenhagen unterzubringen – allerdings ohne Erfolg. Solche handelspolitischen Massnahmen sind umstritten. Ihre Wirksamkeit für den Klimaschutz ist höchst zweifelhaft. Nicht zuletzt verstecken sich protektionistische Absichten hinter dieser Forderung, die gravierende Folgen für den freien Handel haben könnten.

**Grafik 1**

▶ Die Schweiz ist mit 0,1 Prozent nach wie vor keine bedeutende Emittentin.

**CO<sub>2</sub>-Index 2010: die zehn grössten Emittenten der Welt**

Anteil an den globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen in Prozent



Quelle: IEA 2009.

▶ Die EU hat ihre Vorreiterrolle in der internationalen Klimadiskussion verloren.

**Viele Hürden auf dem weiteren Weg**

Im Frühjahr 2010 trafen sich in Bonn zum ersten Mal nach Kopenhagen wieder Vertreter aus rund 190 Staaten auf Expertenebene. In erster Linie wurden prozedurale Fragen behandelt und neue Termine für weitere Konferenzen vereinbart. Abweichungen von den üblichen UN-Verfahren haben in Kopenhagen zum Scheitern beigetragen. Besonders die US-Delegation und die chinesischen Vertreter wurden kritisiert, die UNO-Prozeduren ignoriert und der Konferenz ihre eigenen Regeln aufgesetzt zu haben. Der Ablauf des Gipfels hat für Risse und Misstrauen in der Staatengemeinschaft gesorgt. Der EU gelang es nicht, ihre einstige Vorreiterrolle einzunehmen. Viele Staatschefs der EU standen abseits, als die USA, China, Brasilien, Indien und Südafrika intern verhandelten. Noch ist offen, ob die EU ihre tonangebende Position wiedererlangen kann. Bei der Verminderung von Treibhausgasen ist sie allerdings nicht über ihr bisheriges Ziel der Reduzierung um 20 Prozent bis 2020 hinausgegangen.

▶ Ein umfassendes Klimaabkommen rückt immer weiter weg.

Auch während der weiteren Konferenz im Sommer 2010 in Bonn wurden keine Fortschritte erzielt. Die Diskussionen blieben hinter den Fortschritten von Kopenhagen zurück und hinter dem, was dort vereinbart worden war. Die grossen Schwellenländer zeigen wenig Bereitschaft, auf Forderungen der westlichen Staaten einzugehen. Auch stellen diese Länder nicht einmal mehr wie in Kopenhagen in Aussicht, das Wachstum ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen unter Kontrolle zu bringen. Damit rückt ein umfassendes Klimaabkommen immer weiter weg. Der im Juli 2010 gescheiterte Versuch von US-Präsident Obama, im Senat eine Mehrheit für ein Klimaschutzgesetz zu finden, hat ebenfalls nicht zu einer Verbesserung der Situation beigetragen.

▶ Aufgrund finanzieller Schwierigkeiten in der EU können keine neuen Geldmittel für Schwellenländer gesprochen werden.

▶ China und die USA werfen einander vor, die Klimaverhandlungen zu blockieren.

▶ 93 Prozent des erwarteten Anstiegs an Primärenergien entfallen auf Schwellenländer.

### **Finanzielle Zusagen der Industrieländer als Nagelprobe**

Gemäss Ziffer 8 der Kopenhagener Vereinbarung verpflichteten sich die Industriestaaten, neue und zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Milliarden Dollar in den Jahren 2010 bis 2012 bereitzustellen. Für das Jahr 2020 setzen sich die Industriestaaten das Ziel, gemeinsam 100 Milliarden Dollar bereitzustellen. Die EU versprach, im Zeitraum bis 2012 2,4 Milliarden Euro jährlich für die ärmeren Länder zur Verfügung zu stellen. Einen angemessenen Beitrag hat auch die Schweiz in Aussicht gestellt. Ähnliche Signale von anderer Seite sind bisher jedoch ausgeblieben. Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten verschiedener EU-Staaten wird ein erheblicher Teil der finanziellen Zusagen nicht durch neue Geldmittel sichergestellt. Vielmehr soll ein Teil der bestehenden Finanzhilfen für die Entwicklungszusammenarbeit diesem Zweck zugeführt werden. Die Entwicklungsländer zeigen sich verärgert über diese Entwicklung und sind deshalb immer weniger bereit, marktwirtschaftliche Massnahmen zur Kompensation der Treibhausgase in ihren Ländern zu unterstützen. Ohne solche Massnahmen droht ein wichtiger Erfolgsfaktor des Kyoto-Protokolls wegzubrechen.

### **Kaum mehr Fortschritte vor Cancún erreicht**

Anfang Oktober 2010 fand die letzte Konferenz vor Cancún statt. In der chinesischen Hafenstadt Tianjin konnten sich Vertreter aus 177 Ländern nicht einigen. Die Vorsitzende des UN-Klimasekretariats, Christiana Figueres, brachte zum Ausdruck, dass alle Parteien nach der Konferenz von Tianjin mehr Gewissheit hätten, was im Dezember in Cancún erreicht werden könne. Dort sollen lediglich noch Eckpunkte identifiziert werden. Damit soll eine Grundlage für einen Weltklimavertrag in der Zukunft geschaffen werden. Ein Vertragsabschluss wird jedoch nicht mehr angestrebt. Einmal mehr wurden die Verhandlungen vom Streit zwischen den USA und China geprägt. Die beiden Staaten, die für 40 Prozent der heutigen Treibhausgasemissionen verantwortlich sind, werfen sich gegenseitig eine Blockade der Klimaverhandlungen vor. Bei den Klimaverhandlungen in Tianjin stritten die Unterhändler aus 177 Ländern auch über die Finanzierung des Klimaschutzes und die rechtliche Form eines künftigen Weltklimavertrags. Die Delegationen der EU, USA und Chinas zeigten sich zum Abschluss enttäuscht über den Mangel an Ergebnissen. Es gab lediglich eine Annäherung bei der Schaffung eines Klimafonds, der in Cancún beschlossen werden könnte. Aus dem Fonds sollten Klimaschutzprojekte bezahlt werden.

### **Maximal zwei Grad Celsius Erwärmung ausser Reichweite?**

Mitte November 2010 publizierte die Internationale Energie-Agentur IEA ihren World Energy Outlook 2010. Ausgehend vom Vertrag von Kopenhagen, namentlich dem unverbindlichen Ziel, die Erwärmung der Erde gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, stellt der Bericht fest, dass die in verschiedenen Ländern angekündigten Massnahmen bei Weitem nicht ausreichen, das Zwei-Grad-Celsius-Ziel zu erreichen. Unerreichbar erscheint dieses Ziel gemäss den IEA-Projektionen nicht zu sein. Es müssten jedoch nach 2020 sehr aufwendige und teure Massnahmen ergriffen werden. Zur Transformation des globalen Energiesektors in der zur Verfügung stehenden Zeit bestehen laut IEA ernste Zweifel, insbesondere in Bezug auf die praktische Umsetzbarkeit der erforderlichen Emissionsverringerungen. Gemäss den IEA-Berechnungen ist ein weiterer Anstieg der Nachfrage nach allen Energieträgern zu erwarten. Trotz klimapolitischer Anstrengungen würde mehr als die Hälfte des Zuwachses auf fossile Energien entfallen. Erdgas, das im Vergleich zu anderen fossilen Brennstoffen geringere CO<sub>2</sub>-Emissionen verursacht und gegenüber früher besser gewonnen werden kann, wird ein stärkeres Verbrauchswachstum aufweisen.

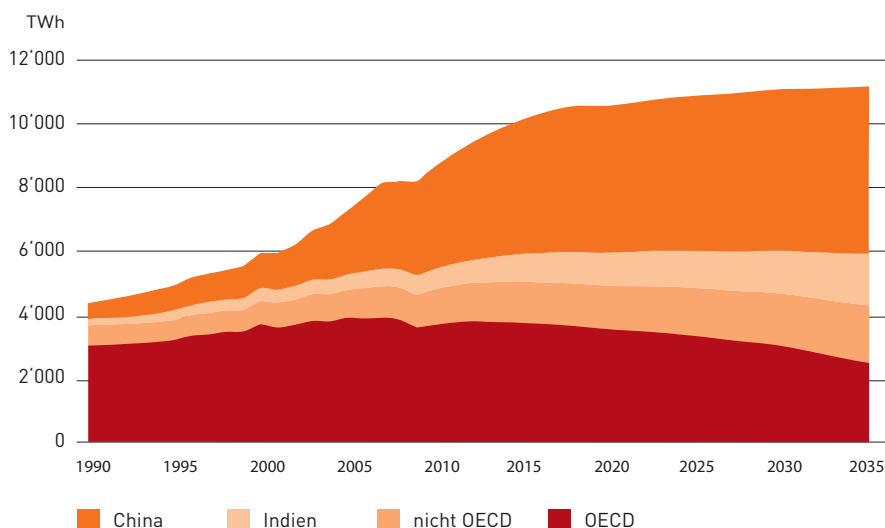
Dennoch wird Kohle die wichtigste Primärenergie sein. Auf Nicht-OECD-Länder entfallen 93 Prozent des erwarteten Anstiegs des weltweiten Primärenergiebedarfs. Diese Entwicklung widerspiegelt das rasche Wirtschaftswachstum, die Industrialisierung, das Bevölkerungswachstum und die Verstädterung in diesen Ländern. Alleine China wird weltweit den grössten Teil der Stromerzeugung mit Kohlekraftwerken realisieren und die Produktion gegenüber heute praktisch verdoppeln (siehe Grafik 2). Der Anteil der OECD-Länder an der Kohleverstromung dürfte hingegen geringer werden. Damit würden die Emissionen jener Länder deutlich steigen, die heute und auch in den nächsten Jahren keine Klimaschutzverpflichtungen eingehen. Die Bedeutung des Kyoto-Protokolls und dessen allfälliger Verlängerung würde sich im gleichen Ausmass verringern.

**Grafik 2**

▶ China wird seine Stromproduktion aus Kohle bis ins Jahr 2035 verdoppeln.

**Geschätzte Entwicklung der Stromerzeugung aus Kohle nach Wirtschaftsregionen**

In TWh



Quelle: World Energy Outlook 2010, IEA.

▶ Politische Differenzen dürfen nicht unterschätzt werden.

**Erwartungen an die Klimakonferenz in Cancún**

Die Vorsitzende des UN-Klimasekretariats, Christiana Figueres, hat Mitte November 2010 ihre Erwartungen formuliert: In Cancún besteht die Möglichkeit, dass sich die Regierungen auf einen gemeinsamen Plan einigen, um in der Frage der Anpassung an den Klimawandel, des Technologietransfers und zum Schutz der Wälder weiterführende Aktivitäten einzuleiten. Zudem ist die Schaffung eines Fonds in Reichweite, der die langfristige Finanzierung der internationalen Zusammenarbeit und zur Unterstützung der Entwicklungsländer dienen soll. Andererseits dürfen die politischen Differenzen nicht unterschätzt werden, die es zu überbrücken gilt: Vor allem die Verringerung der Treibhausgasemissionen, die Zukunft des Kyoto-Protokolls und die Frage, wie nationale Ziele und Aktivitäten insbesondere der industrialisierten Staaten verbindlich vereinbart werden können.



► Für ein Klimaabkommen muss die Zusammenarbeit zwischen Industrienationen und Schwellenländern gewährleistet sein.

### **Mandat des Bundesrats für Cancún**

Am 17. November 2010 hat der Bundesrat das Mandat der Schweizer Delegation festgelegt. Gemäss Bundesrat ist das Hauptziel dieser UN-Klimakonferenz ein ausgewogenes Paket von Beschlüssen, die die Eckpunkte eines neuen Klimaabkommens festlegen. Es muss ein Gleichgewicht gefunden werden zwischen den Verpflichtungen und Zugeständnissen der Industrie- und Schwellenländer. Der Bundesrat erachtet diese Balance als ausschlaggebend für eine mögliche Verabschiedung eines umfassenden Klimaabkommens in Südafrika Ende 2011. Die Schweiz setzt sich für eine Begrenzung der Klimaerwärmung von zwei Grad ein. Sie strebt ein umfassendes neues Klimaregime an, das Verpflichtungen für alle Industrieländer und die wichtigsten Schwellenländer vorsieht. Der Bundesrat ist für den Zeitraum von 2013 bis 2020 bereit, eine zweite Verpflichtungsperiode innerhalb des Kyoto-Protokolls einzugehen, sofern:

- sich die Industrieländer, die nicht Mitglied des Protokolls sind, im gleichen Masse wie die Kyoto-Länder rechtlich verbindlich verpflichten, den Treibhausgasausstoss zu senken,
- und die Schwellenländer sich im Rahmen der Klimakonvention ebenfalls rechtlich verbindlich verpflichten, im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihren Treibhausgasausstoss zu senken.

Im Einklang mit der EU soll die Schweiz, vorbehältlich der Zustimmung des Parlaments, ihren Treibhausgasausstoss bis 2020 im Vergleich zu 1990 um mindestens 20 Prozent senken. Falls andere Industrieländer sich zu ähnlichen Zielen und Schwellenländer zu angemessenen Massnahmen verpflichten, ist der Bundesrat zu einer Treibhausgasverminderung von 30 Prozent bereit.

► Die Schweiz macht ihr Engagement von den Verpflichtungen der Schwellenländer abhängig.

### **Mehr Mittel für Massnahmen zur Verminderung und Anpassung**

Entsprechend dem «Copenhagen Accord» ist die Schweiz bereit, die finanzielle Unterstützung an Entwicklungsländer für Massnahmen zur Verminderung des Treibhausgasausstosses und zur Anpassung an den Klimawandel zu erhöhen. Über die Erhöhung dieser Finanzhilfe für die Jahre 2010 bis 2012 wird das Parlament abschliessend entscheiden. Längerfristig unterstützt die Schweiz das Ziel, die finanzielle Unterstützung seitens der Industrieländer bis 2020 im gesamten auf 100 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Der Bundesrat macht in Cancún den Anteil an diese zusätzlichen Mittel und die Schaffung eines Fonds namentlich von den Verpflichtungen der Schwellenländer abhängig.

► Technologie wird bei der künftigen Klimapolitik ein wichtiger Treiber sein.

### **Trotz internationalem Gegenwind: positive Erwartungen der Wirtschaft hinsichtlich der Klimakonferenz in Cancún**

In Cancún müssen wesentliche Weichenstellungen hinsichtlich einer realistischen globalen Klimapolitik vorgenommen werden. Ein wichtiger Treiber dafür sind technologische Innovationen. Gelingt es, die Schwellenländer und die Industrieländer auf einen gemeinsamen Kurs zu bringen, dann wird die Schweiz auch wirtschaftlich profitieren. Wie aber soll das Ziel erreicht werden, die Erderwärmung auf zwei Grad zu begrenzen? Offensichtlich ist, dass es politisch kaum einen Konsens gibt, mit welchen gesetzlichen Instrumenten und Verpflichtungen dies umgesetzt werden soll. Zu unterschiedlich sind die nationalen Konzepte in den USA und in China. Zu verschieden ist aber auch die Ausgangslage der beiden in dieser Frage entscheidenden Staaten.

► Die Entkoppelung von Wachstum und Emissionen ist ein zentraler Pfeiler einer erfolgreichen Klimapolitik.

Der Schlüssel zu einer Lösung dürfte wie so oft der Einsatz von Technologie sein. Effizientere Energieanwendungen, die Möglichkeiten zur Anpassung an Klimaveränderungen, aber auch vollständig neue technologische Innovationen, die die Treibhausgasemissionen drastisch zu senken vermögen. Letztlich hängt die Klimapolitik von der Fähigkeit der Wirtschaft ab, den Wohlstand zu verbessern, bei einer gleichzeitigen Entkoppelung von Emissionen und Wachstum. Gerade in dieser Frage stehen sich Industrienationen und Schwellenländer sowie Entwicklungsländer in unterschiedlichen Lagern gegenüber. Während die Industrienationen einen effektiven Absenkpfad ihrer Emissionen erreichen müssen, streben Schwellen- und Entwicklungsländer weiteren Wohlstand an.

► Die internationale Klimapolitik birgt Chancen für die Schweiz.

Von der internationalen Klimapolitik ist zweifellos auch die Schweiz betroffen. Jeder Schritt hin zu einem globalen Abkommen hat für die Schweiz zwei Vorteile: Zum einen sind wir heute schon ein Wirtschaftsstandort, in dem die Klimapolitik verantwortungsvoll umgesetzt wird. Das sogenannte «carbon leakage» – das Abwandern von Betrieben in Länder mit geringeren Klimaschutzauflagen – ist und bleibt ein Damoklesschwert für alle Länder, die den Klimaschutz gesetzlich verankert haben, und damit auch für die Schweiz. Mit der fortschreitenden Internationalisierung der Klimapolitik wird sich dieses Risiko jedoch reduzieren. Die Schweiz muss allerdings ihren Teil dazu beitragen, den Ausstoss von Treibhausgasemissionen zu vermindern – egal wo sie anfallen. Daraus ergeben sich bedeutende Chancen für die Schweiz: Wird ein globales Klimaabkommen erzielt, dann sind für die Umsetzung Länder mit guten technologischen Lösungen und Konzepten zur Eindämmung der Emissionen und Anpassung an den Klimawandel gefordert. Daraus erwachsen Exportchancen – auch ohne Zutun staatlicher Industriepolitik. Die Schweizer Wirtschaft ist hier mit einem vielfältigen Angebot an Produkten und Dienstleistungen sehr gut positioniert.

► Die Schweiz wird in Cancún eine aktive Rolle spielen.

economiesuisse setzt sich dafür ein, dass die Schweiz eine aktive Rolle wahrnimmt und in Cancún aufzeigt, wie eine künftige Klimapolitik gestaltet werden kann. In der innenpolitischen Ausgestaltung der Rahmenbedingungen im neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz ist deshalb auch darauf zu achten, dass die Schweizer Massnahmen nicht nur inland-, sondern auch auslandorientiert sind. Der bisherige Mix an Inland- und Auslandmassnahmen ist der beste Garant, dass die Schweiz ihren klimapolitischen Beitrag im internationalen Kontext weiterhin optimal einbringen kann.

**Autor:**

Urs Näf, stv. Leiter Infrastruktur, Energie & Umwelt

**Rückfragen:**

urs.naef@economiesuisse.ch

dominique.reber@economiesuisse.ch

**Impressum**

economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen  
Hegibachstrasse 47, Postfach, CH-8032 Zürich  
www.economiesuisse.ch